



# Amtsblatt

## Regierung von Niederbayern

Nr. 6

Freitag, 29. April 2011

51. Jahrgang

### Kommunalverwaltung

**Verordnung zur Änderung des Gebiets der Gemeinde Leiblfing, Landkreis Straubing-Bogen, und der Gemeinde Mengkofen, Landkreis Dingolfing-Landau**

Vom 4. April 2011, Nr. 12-1402.104-157 ..... S. 55

**Zweckverband Häfen im Landkreis Kelheim; Satzung zur Regelung der Entschädigung des Verbandsvorsitzenden samt Stellvertreter und der ehrenamtlich tätigen Verbandsräte (Entschädigungssatzung) .....** S. 56

**Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Passau für das Haushaltsjahr 2011 .....** S. 56

### Naturschutz

**Verordnung zur Änderung der Verordnung über das „Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“ Vom 31. März 2011 .....** S. 57

### Schulwesen

**Verordnung über die Volksschulorganisation in**

- **den Städten Viechtach und Zwiesel, dem Markt Bodenmais, den Gemeinden Arnbruck, Bayerisch Eisenstein, Drachselsried, Frauenau, Kollnburg, Lindberg, Langdorf und Prackentbach, Landkreis Regen, und den Gemeinden Konzell, Rattenberg und St. Englmar, Landkreis Straubing-Bogen**  
Vom 29. März 2011, Nr. 44-5103/920-2..... S. 59
- **der Gemeinde Baierbach, Landkreis Landshut**  
Vom 11. April 2011, Nr. 44-5103-79..... S. 59

### Kommunalverwaltung

**Verordnung zur Änderung des Gebiets der Gemeinde Leiblfing, Landkreis Straubing-Bogen, und der Gemeinde Mengkofen, Landkreis Dingolfing-Landau**  
Vom 4. April 2011

Aufgrund von Art. 11 und 12 der Gemeindeordnung und Art. 8 und 9 der Landkreisordnung erlässt die Regierung von Niederbayern folgende Verordnung (12-1402.104-157):

#### § 1

(1) In die Gemeinde Mengkofen wird aus der Gemeinde Leiblfing das Flurstück Nr. 262/5 der Gemarkung Schwimmbach mit einer Fläche von insgesamt 32 m<sup>2</sup> umgliedert.

(2) In die Gemeinde Leiblfing wird aus der Gemeinde Mengkofen das Flurstück Nr. 545/8 der Gemarkung Martinsbuch mit einer Fläche von insgesamt 24 m<sup>2</sup> umgliedert.

(3) Gleichzeitig wird das Gebiet der Landkreise Straubing-Bogen und Dingolfing-Landau geändert.

(4) <sup>1</sup>Das Umgliederungsgebiet ist im Fortführungsnachweis Nr. 293, Gemarkung Schwimmbach, des Vermessungsamts Straubing ausgewiesen. <sup>2</sup>Der Veränderungsnachweis liegt beim genannten Vermessungsamt auf und kann von jedermann eingesehen werden.

#### § 2

Im Umgliederungsgebiet tritt das Recht der abgebenden Gebietskörperschaften außer Kraft und das Recht der aufnehmenden Gebietskörperschaften in Kraft.

#### § 3

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2011 in Kraft.

Landshut, 4. April 2011  
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald  
Regierungspräsident

HERAUSGEBER, VERLAG und DRUCK:  
Regierung von Niederbayern, Postfach, 84023 Landshut, Tel. (08 71) 8 08 - 01

ERSCHEINUNGSWEISE und BEZUGSBEDINGUNGEN:  
Erscheint 3-wöchentlich. Abonnement durch den Herausgeber. Preis halbjährlich 18 Euro.  
Einzelnummer 1,50 Euro zuzüglich Versandkosten. Der Bezug des Amtsblattes kann 4 Wochen vor dem 30.06. oder 31.12. eines jeden Jahres gekündigt werden. Einzelhefte nur durch den Herausgeber.

**Zweckverband Häfen im Landkreis Kelheim;  
Satzung zur Regelung der Entschädigung  
des Verbandsvorsitzenden samt Stellvertreter  
und der ehrenamtlich tätigen Verbandsräte  
(Entschädigungssatzung)**

Der Zweckverband Häfen im Landkreis Kelheim erlässt aufgrund des Beschlusses der Versammlung vom 10. März 2011 gemäß § 4 Abs. 4 der Verbandsatzung in Verbindung mit Art. 26 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit Art. 20 a der Bayerischen Gemeindeordnung folgende

**Satzung  
zur Regelung der Entschädigung  
des Verbandsvorsitzenden samt Stellvertreter  
und der ehrenamtlich tätigen Verbandsräte:**

**§ 1**

(1) Der Verbandsvorsitzende erhält eine monatliche Entschädigung in Höhe von 300,00 Euro.

(2) Die Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden erhalten eine monatliche Entschädigung in Höhe von jeweils 150,00 Euro.

(3) Die gekorenen Verbandsräte erhalten für den mit ihrem Ehrenamt verbundenen Aufwand folgende Entschädigung

- a) ein Sitzungsgeld einschl. Fahrtkosten in Höhe von 40,00 Euro sowie
- b) eine pauschale Entschädigung von monatlich 70,00 Euro.

(4) Der Zweckverband Häfen im Landkreis Kelheim trägt die für die Entschädigung nach den Absätzen (1) bis (3) abzuführenden Lohn- und Kirchensteuern.

**§ 2**

Diese Satzung tritt zum 1. April 2011 in Kraft; gleichzeitig tritt die Satzung vom 18. Juni 2002 (RABI NB 11/2002) außer Kraft.

Kelheim, 10. März 2011  
ZWECKVERBAND HÄFEN IM LANDKREIS KELHEIM

Dr. Hubert Faltermeier  
Landrat  
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung der Haushaltssatzung  
des Zweckverbandes für Rettungsdienst  
und Feuerwehralarmierung Passau  
für das Haushaltsjahr 2011**

**I.**

Aufgrund des § 16 der Verbandssatzung vom 17. Mai 2004 (RABI Nr. 10, S. 70) und der Art. 40 und 41 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) hat der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Passau folgende Haushaltssatzung erlassen, die hiermit gemäß Art. 65 Abs. 3 GO in Verbindung mit Art. 24 Abs. 1 KommZG bekannt gemacht wird:

**§ 1**

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Passau für das Haushaltsjahr 2011 wird hiermit festgesetzt; er schließt

**im Verwaltungshaushalt**

in den Einnahmen auf	<b>2.353.884 €</b>
in den Ausgaben auf	<b>2.353.884 €</b>

**im Vermögenshaushalt**

in den Einnahmen	<b>1.193.000 €</b>
in den Ausgaben	<b>1.193.000 €</b>

**§ 2**

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

**§ 3**

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

**§ 4**

(1) Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Bedarf zur Finanzierung der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 450.030 € wird hiermit festgesetzt und auf die Verbandsmitglieder in Form einer Betriebskostenumlage umgelegt.

(2) Umlageschlüssel gemäß §§ 17 in Verbindung mit 6 Abs. 2 der Verbandssatzung ist das Verhältnis der Einwohnerzahlen der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31. Dezember 2007 gemäß Statistik des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung.

Die Betriebskosten-Umlage ist danach von den Verbandsmitgliedern wie folgt aufzubringen:

Gebietskörperschaft	Einwohnerzahl	Umlageanteil %	Umlageanteil €
Landkreis Freyung-Grafenau	80.427	18,34	82.555
Landkreis Passau	188.462	42,99	193.448
Landkreis Rottal-Inn	118.800	27,10	121.943
Stadt Passau	50.741	11,57	52.084
<b>Gesamt</b>	<b>438.430</b>	<b>100</b>	<b>450.030</b>

### § 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 1.000.000 € festgesetzt.

### § 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2011 in Kraft.

#### II.

(1) Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

(2) Der Haushaltsplan 2011 liegt gemäß Art. 65 Abs. 3 GO in Verbindung mit Art. 40 Abs. 1 KommZG vom Tage nach der Veröffentlichung der Haushaltssatzung eine Woche lang bei der Geschäftsstelle des Zweckverbandes in 94032 Passau, Rathausplatz 2, während der allgemeinen Dienststunden der Stadtverwaltung Passau öffentlich zur Einsichtnahme auf.

Passau, 22. März 2011  
ZWECKVERBAND FÜR RETTUNGSDIENST  
UND FEUERWEHRALARMIERUNG PASSAU

Jürgen Dupper  
Oberbürgermeister  
Verbandsvorsitzender

## Naturschutz

### Verordnung zur Änderung der Verordnung über das „Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“ Vom 31. März 2011

Aufgrund von § 26 Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG - in der Fassung vom 1. März 2010 (BGBl I 2009, 2542), § 22 Abs. 2 BNatSchG in Verbindung mit Art. 51 Abs. 2 Satz 3 des Bayerischen Naturschutzgesetzes - BayNatSchG - in der Fassung vom 1. März 2011 (GVBl 2011, 82), erlässt der Landkreis Straubing-Bogen folgende

#### Verordnung:

### § 1

Die Verordnung über das „Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“ vom 17. Januar 2006 (RABI Nr. 2/2006) wird in § 2 Abs. 1 und in Abs. 2 Satz 1 um folgenden Unterpunkt ergänzt:

„1) in der Gemeinde Ascha vom 31. März 2011“.

### § 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Straubing-Bogen in Kraft.

Straubing, 31. März 2011  
LANDKREIS STRAUBING-BOGEN

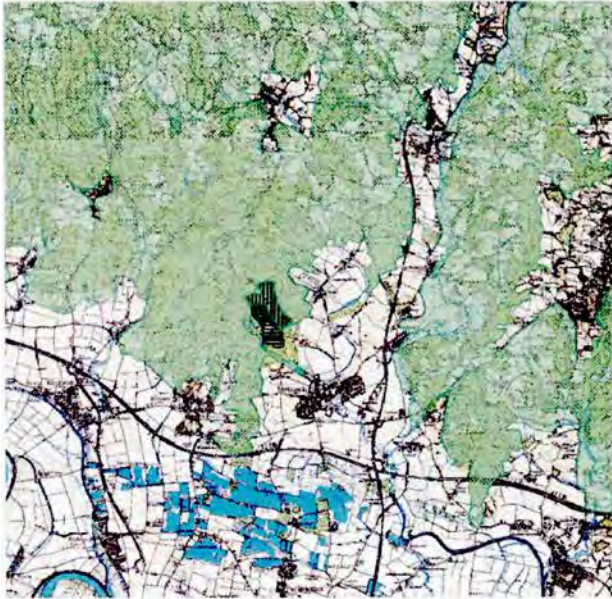
Alfred Reisinger  
Landrat

#### Anlage

2 Karten M 1 : 100.000 / 25.000

#### Hinweis:

Nach Art. 52 Abs. 7 BayNatSchG ist eine Verletzung der Vorschriften des Art. 52 Abs. 1 bis 6 BayNatSchG unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Rechtsverordnung schriftlich unter Angabe der Tatsachen, die die Verletzung begründen sollen, bei der für den Erlass zuständigen Behörde geltend gemacht wird.



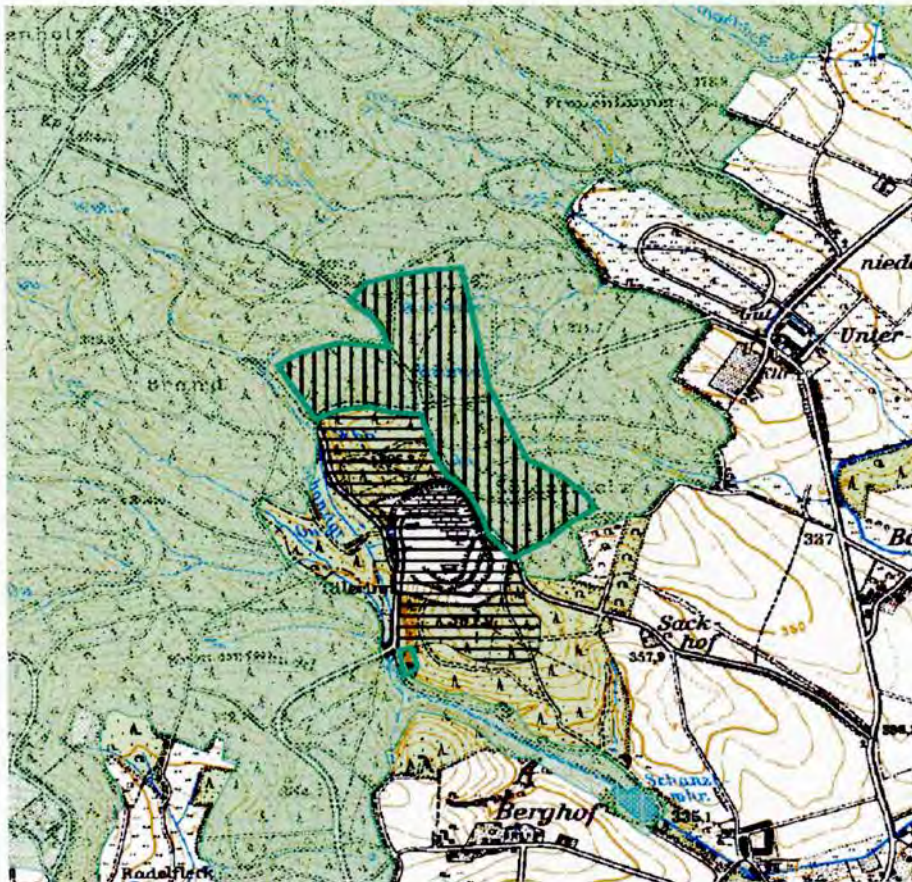
**Anlage**  
**zur**  
**Verordnung vom 31.03.2011**  
 Änderung der Verordnung  
 über das  
 „Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“

Karten zur Änderung des Landschaftsschutzgebietes  
 M 1: 100.000 (zu § 2 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung vom 21.11.2000)  
 M 1: 25.000 (zu § 2 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung vom 21.11.2000)



Fläche zum Abbau von Bodenschätzen  
 innerhalb der Schutzzone (§ 7 Nr. 3 der VO)  
 in der Gemeinde Ascha  
 Landkreis Straubing-Bogen

Landkreis Straubing-Bogen  
 Alfred Reisinger  
 Landrat



## Schulwesen

**Verordnung über die Volksschulorganisation  
in den Städten Viechtach und Zwiesel,  
dem Markt Bodenmais, den Gemeinden Arnbruck,  
Bayerisch Eisenstein, Drachselsried, Frauenau,  
Kollnburg, Lindberg, Langdorf und Prackenberg,  
Landkreis Regen, und den Gemeinden  
Konzell, Rattenberg und St. Englmar,  
Landkreis Straubing-Bogen  
Vom 29. März 2011, Nr. 44-5103/920-2**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1, Art. 29 und Art. 7 Abs. 9 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 334), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

### Verordnung:

#### § 1

Die Mittelschule Bodenmais, die Mittelschule Rattenberg, die Mittelschule Viechtach und die Hauptschule Zwiesel bilden einen Schulverbund.

#### § 2

Die Hauptschule Zwiesel erhält die Bezeichnung Mittelschule Zwiesel.

#### § 3

(1) <sup>1</sup>Für die an dem Schulverbund nach § 1 beteiligten Schulen wird ein gemeinsamer Sprengel bestimmt. <sup>2</sup>Dieser umfasst

- a) das Gebiet der Gemeinde Arnbruck,
- b) das Gebiet der Gemeinde Bayerisch Eisenstein,
- c) das Gebiet des Marktes Bodenmais,
- d) das Gebiet der Gemeinde Drachselsried,
- e) das Gebiet der Gemeinde Frauenau,
- f) das Gebiet der Gemeinde Kollnburg,
- g) das Gebiet der Gemeinde Konzell,
- h) aus der Gemeinde Langdorf die Gemeindeteile Schwarzach, Außenried, Brandten, Froschau und Reisachmühle,
- i) das Gebiet der Gemeinde Lindberg,
- j) das Gebiet der Gemeinde Prackenberg,
- k) das Gebiet der Gemeinde Rattenberg,

- l) das Gebiet der Gemeinde St. Englmar,
- m) das Gebiet der Stadt Viechtach ohne die Orte Heinzlhof, Höllenstein, Kastlmühle und Nebenweg,
- n) das Gebiet der Stadt Zwiesel.

(2) Der gemeinsame Sprengel nach Abs. 1 ersetzt die bisherigen Sprengel der nach § 1 beteiligten Schulen.

(3) <sup>1</sup>Der bisherige Sprengel der Hauptschule Zwiesel gilt als Einzugsbereich der Mittelschule Zwiesel fort. <sup>2</sup>Für die Mittelschulen Bodenmais, Rattenberg und Viechtach gelten die in § 5 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung vom 15. September 2010, Nr. 44-5103/920-1 (RABI Nr. 14/2010, S. 149), festgelegten Einzugsbereiche fort.

### § 4

Diese Verordnung tritt am 1. August 2011 in Kraft.

Landshut, 29. März 2011  
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald  
Regierungspräsident

**Verordnung über die Volksschulorganisation  
in der Gemeinde Baierbach, Landkreis Landshut  
Vom 11. April 2011, Nr. 44-5103-79**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1, Art. 29 und Art. 7 Abs. 9 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 334), erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

### Verordnung:

#### § 1

(1) In § 4 Abs. 2 Ziffer 2 der Verordnung über die Volksschulorganisation in der Gemeinde Wurmsham und im Markt Velden vom 4. April 2005, Nr. 540-5102/200-13 (RABI Nr. 6/2005, S. 48), wird der Buchstabe

„a) das Gebiet der Gemeinde Baierbach“

gestrichen.

(2) In § 5 Abs. 2 Ziffer 2 der Verordnung über die Volksschulorganisation in den Gemeinden Kumhausen, Tiefenbach, Eching und im Markt Geisenhausen vom 27. Mai 2005, Nr. 540-5102/125-14 (RABI Nr. 9/2005, S. 94), wird der Buchstabe

„e) das Gebiet der Gemeinde Baierbach.“

angefügt.

## § 2

Diese Verordnung tritt zum 1. August 2011 in Kraft.

Landshut, 11. April 2011  
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Heinz Grunwald  
Regierungspräsident